

Alte Ziele in neuem Gewand

„Security Partnership“ versus
„Mobility Partnership“

Susanne Kuch

01.6/2014

Susanne Kuch

Alte Ziele in neuem Gewand: „Security Partnership“ versus „Mobility Partnership“

An Europas Peripherie fanden im Jahr 2010 und 2011 enorme Umbrüche statt, die auch Europa vor neue Herausforderungen stellen und letztendlich zu einem erneuten Aufflammen der Debatte über die Migrationspolitik der Europäischen Union (EU) und einer neuen Ausgestaltung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) führten. Die nachfolgende Arbeit befasst sich damit, ob sich durch den Transformationsprozess in Tunesien die EU auf neue Handlungsweisen im Bereich der ENP-Migrationspolitik einlässt. Dabei soll vor allem das Verhältnis zwischen Sicherheit und Migration geklärt werden.

Ergebnis der Analyse ist, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt keine wesentlichen Änderungen in der Migrationspolitik der EU nachweisbar sind. Nach wie vor stellt die EU ihre sicherheitspolitischen Interessen in den Vordergrund und nützt ihre Unterstützung im Wiederaufbauprozess Tunesiens und in anderen Ländern als Druckmittel dafür.

1. Einleitung

1.1 Problemaufriss

In den letzten zwei Jahren hat sich die politische Welt in unvorhersehbarer Art und Weise verändert. Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17.12.2010 führte zum Ausbruch einer massiven Protestwelle in Tunesien und schließlich in der gesamten arabischen Welt. Die Verzweiflungstat des jungen Mannes war für viele Tunesier das Zeichen, auf das sie gewartet hatten. Tausende von Menschen strömten auf die Straße, um sich in Bouazisis Namen gegen das Regime Ben Alis aufzulehnen. Sie protestierten gegen die extremen sozialen Missstände, die hohe Arbeitslosigkeit, die polizeiliche Willkür und für mehr Freiheit in ihrem Land. Letztendlich trieb der

Volksaufstand den tunesischen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali am 14.01.2011, nach 23 Regierungsjahren, aus dem Amt.

Doch nicht nur die arabische Welt ist von den Umbrüchen betroffen; sie stellen auch Europa vor neue Herausforderungen. Aufgrund des politischen Umbruchs in Tunesien kam es innerhalb kurzer Zeit zu enormen Flüchtlingswellen. Insbesondere die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa hatte mit einer stark erhöhten Zahl an Flüchtlingen zu kämpfen, was dazu führte, dass die italienische Regierung den Notstand erklärte. Diese Situation entfachte eine Debatte über die Ausgestaltung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und einer gemeinsamen Migrationspolitik der EU.

1.2 Forschungsinteresse und Fragestellung

Das Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützt die EU in ihrem Bestreben, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in und um Europa aufzubauen. Dabei enthält beispielsweise der bilaterale Aktionsplan mit Tunesien viele verschiedene Ansätze, um diesen Raum zu garantieren. Auch Wanderungsbewegungen spielen zunehmend eine entscheidende Rolle, da sie die Stabilität und somit die Sicherheit eines Landes gefährden können, wenn sie unkontrolliert voranschreiten. Aufgrund dessen wurde eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Herkunfts- und Transitland Tunesien, vor allem im Bereich der irregulären Migration, vereinbart. In den letzten zwei Jahrzehnten hat die EU deswegen auch mit dem autoritären tunesischen Regime zusammengearbeitet, um ihre sicherheitspolitischen Interessen im Austausch gegen finanzielle Unterstützung zu gewährleisten. Dabei hat die EU entgegen ihrer grundlegenden Prinzipien der Demokratie, gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und gegen den Schutz der Menschenrechte gehandelt und immer wieder massive Verletzungen in diesen Bereichen in Kauf genommen. Infolge der Umbrüche in Tunesien und der

damit einhergehenden Flüchtlingswelle nach Europa, geriet die Politik der EU gegenüber Tunesien jedoch immer mehr in die Kritik. Die Union bemühte sich daraufhin einen neuen Ansatz in der bilateralen Beziehung zu finden. Die vorliegende Arbeit befasst sich demzufolge mit der zentralen Fragestellung:

Welche Folgen hat der politische Transformationsprozess Tunesiens in Bezug auf die Migrationspolitik der EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik?

Folglich gilt es zu analysieren, inwieweit sich durch die politischen Umbrüche in Tunesien neue Möglichkeiten der Kooperation für die EU mit ihrem südlichen Nachbarn ergeben und sich eine gleichwertige Partnerschaft im Rahmen der ENP entwickeln kann. Durch die aktuellen Umbrüche in Tunesien gilt es zu klären, ob und inwieweit die EU ihre grundlegenden Prinzipien der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und des Schutzes der Menschenrechte über ihre sicherheitspolitischen Interessen stellt. Die Arbeit will eine potentielle Entwicklung erörtern, wie sich die Politik der ENP mit Tunesien ändern könnte. Der Schwerpunkt der Hausarbeit liegt auf der Untersuchung der ENP im Bereich der Migrationspolitik vor und nach der Revolution in Tunesien und auf dem neuen Ansatz der ENP, der als unmittelbare Antwort auf die Veränderungen in der südlichen Nachbarschaft entwickelt wurde.

1.3 Untersuchungsgang und Literaturbericht

Die Arbeit ist in zwei Teilbereiche gegliedert. In einem ersten Schritt gilt es die Interessen der EU bezüglich der Demokratieförderung an ihrer Peripherie zu beleuchten. Dabei wird vertieft auf die strategischen Ziele der Migrationspolitik und der Europäischen Nachbarschaftspolitik eingegangen und die ENP mit dem vorrevolutionären Tunesien dargestellt. Der zweite Teil der Arbeit befasst sich mit den Umbrüchen in Tunesien und den daraus resultierenden Folgen. Zunächst werden die

Hintergründe der Revolution und deren Auswirkungen auf Tunesien und die EU beleuchtet. Neben dem Ansatz einer veränderten Nachbarschaftspolitik soll auch das Konzept der Mobilitätspartnerschaft mit Tunesien aufgezeigt werden. Auf Grundlage der vorangegangenen Erkenntnisse wird abschließend ein Ausblick auf eine mögliche Veränderung hinsichtlich der nachbarschaftlichen Migrationspolitik gegeben.

Die vorliegende Arbeit stützt sich einerseits auf Primärliteratur und andererseits auf die einschlägige Fachliteratur. Genauer Bezug genommen wird auf die Strategiepapiere der EU, die ENP-Aktionspläne und Länderfortschrittsberichte, sowie auf die im Mai 2011 eingerichtete "EU-Tunesien Task Force" und den neuen ENP-Ansatz. Wegen der Aktualität des Themas stützt sich die Analyse v. a. auf wissenschaftliche Kurzanalysen.

1.4 Definitionen

Der Begriff Transformation beschreibt Wandlungsprozesse des politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systems.¹ Ein politischer Transformationsprozess besteht aus drei Phasen: Übergang von einer Regierungsform in eine andere (Transition), Austausch von grundlegenden Strukturen, Normen, Rechtsregeln und Personalkörpern (Transformation) und Normalisierung der erneuerten Ordnung (Posttransformation).² Gemäß dieser Definition lässt sich feststellen, dass sich Tunesien

¹ Vgl. Proost, Simon / Winter, Sven: Die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Das Ende des Ost-West-Konflikts und Probleme der MOE-Staaten, Münster o.J., S. 8 (http://reinhardmeyers.uni-muens-ter.de/docs/Erw/Referat_Transformationsstaaten_MOE.pdf, letzter Zugriff am 16.09.2012).

² Vgl. Holtmann, Everhard / Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier: Lange Wege der Deutschen Einheit. Politischer Systemwechsel, Bonn 2010, S. 2, (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47082/politischer-systemwechsel>, letzter Zugriff am 16.09.2012).

sien in einer Zwischenphase von Transition und Transformation befindet.

Laut dem „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951“ (Genfer Flüchtlingskonvention) gilt eine Person als Flüchtling, die

aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will [...].³

Die Begriffsdefinition der Europäischen Union für irreguläre Migration lautet:

*Als **irregulärer Migrant** [Hervorhebung im Original] wird eine Person bezeichnet, die ohne ein gültiges Visum oder eine gültige Aufenthaltsgenehmigung in die EU kommt oder die nach Ablauf der Gültigkeit ihres Visums in der EU verbleibt. Dabei kann es sich um Asylsuchende handeln, aber auch um Personen, die lediglich wegen eines Arbeitsplatzes oder der Familie gekommen sind.⁴*

2. Strategien und praktische Zusammenarbeit der EU mit ihren Nachbarn

2.1 Interessen der EU

Die EU hat sich zu einem globalen, handlungsfähigen Akteur entwickelt, der sich den weltweiten Herausforderungen stellen muss. Gerade die Öffnung der Grenzen durch die Errichtung eines gemeinsamen

Binnenmarktes stellen sich als internes und externes Sicherheitsrisiko heraus.⁵ Jedoch ist „Sicherheit [...] eine Vorbedingung für Entwicklung“⁶, weshalb der beste Schutz für die Sicherheit der EU „eine Welt verantwortungsvoll geführter demokratischer Staaten“⁷ ist. Auf Grundlage dieser Sicherheitsstrategie ist das Interesse der EU nachvollziehbar, auf den Transformationsprozess in Tunesien Einfluss zu nehmen. Die EU strebt danach, einen „Ring sicherer Drittstaaten“⁸ um sich herum aufzubauen. Ziel ist dabei, Flüchtlingsströme und die illegale Migration in die EU weiter zu vermindern sowie Stabilität und Wohlstand in den angrenzenden Gebieten zu schaffen. Dieses neu entfachte Bestreben der EU zeugt davon, dass die EU die Theorie des „Demokratischen Friedens“ unterstützt. Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler haben allgemein anerkannt, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen⁹, da sie durch Handel und Kooperation weitestgehend miteinander vernetzt sind und Kriege nicht möglich wären ohne dem eigenen Staat Schaden zuzufügen. Darüber hinaus können „Internationale Institutionen zwischen Demokratien [...] Sicherheitsrisiken [minimieren] und [...] Vorwarnzeiten [schaffen]“¹⁰, die mögliche Konflikte schon vorher beheben. Folglich ergeben sich durch eine Demokratisierung in der arabischen Welt neue Möglichkeiten für die EU ihren Einfluss auf die

⁵ Europäische Union (Hrsg.): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel 2003, S.1f.

⁶ Ebd. S.2.

⁷ Ebd. S.10.

⁸ PRO Asyl (Hrsg.): Pressekonferenz „20 Jahre PRO ASYL“. Einsatz gegen die europäische Flüchtlingsabwehrpolitik. „Der Einzelfall zählt“, Frankfurt/Main 2006, S.1, (http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteu-re/WIR_UEBER_UNSGeschichte/PE_7.9.2006_zu_20_Jahren_Pro_AsyL.pdf, letzter Zugriff am 06.09.2012).

⁹ Hasenclever, Andreas: Europa und der demokratische Frieden, Tübingen 2001, S.1f (<http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2001/274/pdf/tap38.pdf>, letzter Zugriff am 06.09.2012).

¹⁰ Ebd. S.20.

³ The UN Refugee Agency / United Nations High Commissioner for Refugees (Hrsg.): Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Genf 1951, S. 3, Artikel 1 Abs. 2, (http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, letzter Zugriff am 16.09.2012).

⁴ Castagnoli, Cristina: Einwanderungspolitik, o.O. 2012, S.1, (http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_4.1.2.3.pdf, letzter Zugriff am 16.09.2012).

Maghreb-Staaten auszudehnen und weitere Interessen im sicherheits- und wirtschafts-politischen Bereich durchzusetzen.

2.2 Die Migrationspolitik der EU

Mit der Schaffung eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Zuge des „Schengen-Abkommens“ 1985 und eines gemeinsamen Binnenmarktes durch die „Einheitliche Europäische Akte“ von 1986, ergab sich die Notwendigkeit eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik zu verfolgen. Den Aktionsrahmen bildete das 1999 für fünf Jahre eingesetzte „Tampere-Programm“. Kernziele des Programms waren der Aufbau einer „Partnerschaft mit Herkunftsländern“¹¹, um die Ursachen von ungewünschten Migrationsströmen aufgrund von Armut, fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten und Verletzung von Menschenrechten etc. zu unterbinden.¹² Weitere Ziele waren die Schaffung eines „gemeinsame[n] europäische[n] Asylsystem[s]“¹³(GEAS) und die „Steuerung von Migrations- und Fluchtbewegungen“¹⁴, die sowohl „Informationskampagnen in Herkunfts- und Transitländern über legale Einreisemöglichkeiten“¹⁵ sowie Rückführungsabkommen vorsieht, als auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei Grenzkontrollen, Visapolitik und Bekämpfung von illegaler Migration.¹⁶ Das „Haager Programm“ im Zeitraum 2004–2009 war die Fortführung der Ziele, die im „Tampere-Programm“ festgelegt wurden. Der Schwerpunkt des Haager Programms lag auf der Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems sowie auf dem Bekenntnis eines einheitlichen Rechtsstatus für Personen, die internationalen

¹¹ Haase, Marianne / Jugl, Jan C.: Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU, Berlin 2007, S.2, (<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtlingspolitik?p=1>, letzter Zugriff am: 11.09.2012).

¹² Vgl. ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. ebd.

Schutzes bedürfen.¹⁷ Das Hauptziel der Migrationspolitik der EU ist die Sicherheit in den EU-Mitgliedsstaaten zu gewährleisten und sich vor unkontrollierten Migrationsströmen zu schützen.¹⁸

2.3 Die Ausgestaltung und Ziele der ENP

Die Europäische Nachbarschaftspolitik geht aus der im Jahre 1995 entstandenen „Euro-Mediterranen Partnerschaft“ (EMP) im Rahmen des „Barcelona-Prozess[es]“ hervor. Das Ziel dieser Politik ist „die Schaffung eines Raumes des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstandes“¹⁹.

Die Euro-Mediterrane Partnerschaft setzt sich aus drei Körben zusammen: „Korb (1) die politische und Sicherheitspartnerschaft, Korb (2) die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft und Korb (3) die Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich“.²⁰ Weitere Ziele der EMP sind die Demokratisierung des Raumes, die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Rechtsstaatlichkeit.

Seit 2004 hat die EU ihre Außenpolitik zu ihren Nachbarn – auch im Zuge der EU-Osterweiterung – neu ausgerichtet. Das ergänzende Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) umfasst die 16 unmittelbaren Nachbarn der EU: „Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Syrien, Tunesien, Ukraine und das besetzte palästinensische Gebiet“.²¹

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ Vgl.: Holz, Steffi: Europäische Migrationspolitik – harmonisierte Abwehr?, Peru 2006, (<http://www.asa-programm.de/aktiv/themen/migration/europaeische-migrationspolitik.html>), letzter Zugriff am 06.09.2012).

¹⁹ Jünemann, Annette: Zehn Jahre Barcelona-Prozess. Eine gemischte Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45 (2005), S.7-13.

²⁰ Ebd. S.7.

²¹ Europäische Kommission (Hrsg.): Europäische Nachbarschaftspolitik. Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?, Brüssel 2009 (http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, [letzter Zugriff am: 11.09.2012](http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm)).

Hauptziel ist weiterhin die Absicherung von Wohlstand, Stabilität und Sicherheit in der Region, wobei die EU den Nachbarstaaten engere Beziehungen anbietet. Diese basieren auf gemeinsam anerkannten Werten²² wie „Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung“²³. Kern der ENP sind die bilateralen Aktionspläne der EU mit den jeweiligen Nachbarländern. In diesen Plänen wird eine Agenda von kurz- und mittelfristigen politischen und wirtschaftlichen Reformzielen festgelegt, die die Nachbarstaaten erfüllen müssen, um weitere Unterstützung durch die EU zu erhalten. Die ENP ist jedoch flexibler als die EMP, da sie individuell auf die einzelnen Länder abgestimmt ist. Dies wird vor allem durch die leistungsgebundene Mittelvergabe, dem 2011 als Antwort auf den arabischen Frühling neuen „more for more“-Ansatz, deutlich, der reformbereiten Ländern mehr finanzielle Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit zusichert.²⁴

2.4 Die ENP mit Tunesien vor der „Jasminrevolution“ (2004–2010)

Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union und der Republik Tunesien war das 1998 in Kraft getretene Assoziationsabkommen, das den „politischen Dialog“²⁵ zwischen

den Vertragspartnern fördern sollte und alle Themenbereiche umfasst, die von gemeinsamen Interessen geprägt sind, so zum Beispiel in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Kultur und Soziales.²⁶ Tunesien war eines der ersten Länder der Mittelmeer-Anrainer, die einen Assoziationsvertrag mit der EU abgeschlossen haben.

Auf dieser Grundlage baut die Europäische Nachbarschaftspolitik mit ihrem Aktionsplan von 2004 und den dazugehörigen Länderberichten auf. In der Einleitung wird speziell auf die Achtung der Prinzipien des Menschenrechtsschutzes und der Rechtsstaatlichkeit hingewiesen.²⁷ Im Rahmen der Migrationspolitik wurden in dem Vertrag bestimmte Prinzipien festgelegt. Zunächst sind internationale Standards anzuerkennen (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das erste Protokoll von 1967) und in die nationale Rechtsetzung einzugliedern. Des Weiteren soll ein „capacitybuilding“ im Verwaltungsbereich das Stellen eines Asylantrages vereinfachen und im Grenzschutzbereich sollen dadurch die Grenzkontrollen u.a. auch durch neue Überwachungssysteme optimiert werden. Darüber hinaus wird die Möglichkeit geboten über Visa-Liberalisierungen zu diskutieren. Es wird auch eine verstärkte Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern angestrebt, um die Migration in und von den Mittelmeer-Anrainerstaaten einzugrenzen. Als zentraler Punkt im Vertrag mit Tunesien gilt es, die illegale Migration nach und via Tunesien einzugrenzen, z. B. durch Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitländern.²⁸

Der EU-Mitgliedstaat Italien hatte bereits 1999 mit Tunesien unter Ben Ali ein Rückübernahmeabkommen ausgehandelt, weshalb bis zu den Umbrüchen Anfang

²² Vgl. ebd.

²³ Ebd.

²⁴ Vgl.: Lang, Kai-Olaf / Lippert Barbara: Zur Neuausrichtung der ENP. Ein Liga-Modell nachbarschaftlicher Kooperation, in: Bendiek, Annegret / Lippert, Barbara / Daniela Schwarzer (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik, SWP-Studien 2011, Berlin 2011, S. 109-115.

²⁵ Europäische Union (Hrsg.): EUROPA-MITTELMEER-ABKOMMEN zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits. 21998A0330(01), Amtsblatt Nr. L 097 vom 30/03/1998 S. 0002 – 0183, (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21998A0330%2801%29:DE:HTML>, letzter Zugriff am 07.09.2012).

²⁶ Ebd. Artikel 1-4.

²⁷ Vgl.: Europäische Union (Hrsg.): EU/Tunisia Action Plan, Brüssel 2004, S.1 (http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/tunisia_enp_ap_final_en.pdf, letzter Zugriff am 07.09.2012).

²⁸ Vgl. ebd. S.18f.

2011 kaum illegale Migrationsbewegungen von Tunesien ausgingen.²⁹

Darüber hinaus wurde die Grenzüberwachung in Europa sowie in Tunesien vor allem durch neue Überwachungs- und Kontrolltechnologien optimiert und eine bessere Ausbildung der (tunesischen) Grenzschrützer ermöglicht, um illegale Einwanderung weiter einzudämmen. Wie auch schon im Aktionsplan der ENP mit Tunesien zum Ausdruck kommt, sollen der Informationsaustausch und das „capacity-building“ Migrationsströme kontrollieren und überwachen. Dabei liegt die Priorität der EU bei der Kooperation im Bereich der illegalen Migration, die durch einen verbesserten Grenzschutz und Rückübernahmeabkommen vermieden werden soll. Dies zieht eine „Exterritorialisierung“ der EU-Sicherheitspolitik nach sich, da die EU auf Nachbarländer wie Tunesien den Schutz ihrer Grenzen überträgt.³⁰ Aus der autoritären Politik unter Ben Ali und dem repressiven Sicherheitsapparat³¹ lässt sich ableiten, dass dies einen aus EU-Sicht effektiven Grenzschutz nach sich zog. Im Gegenzug wurden dafür massive Menschenrechtsverletzungen sowie die Unwilligkeit bei Reformen zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hingenommen.³²

²⁹ Vgl.: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Blickpunkt Tunesien. Politische Entwicklung und aktuelle Lage, Berlin 2011, S.13.

³⁰ Vgl.: Bilgiç Ali / Bilgin, Pinar: Consequences of European Security Practices in the Southern Mediterranean and Policy Implications for the EU, in: IN: EX Policy Brief, Nr. 11, Brüssel 2011, S.3.

³¹ Vgl.: Arieff, Alexis: Political Transition in Tunisia, Washington 2012, Summary, (<http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS21666.pdf>, letzter Zugriff am 11.09.2012).

³² Vgl.: International Federation for Human Rights (FIDH) (Hrsg.): EU-Tunisia Association Council. Stop trading Human Rights for security, Brüssel 2002 (<http://fidh.org/EU-TUNISIA-ASSOCIATION-COUNCIL>, letzter Zugriff am: 08.09.2012).

3. Die Umbrüche in Tunesien und deren Auswirkungen

3.1 Hintergründe der Revolution in Tunesien

Auslöser der sogenannten „Jasminrevolution“ in Tunesien war die Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi und die darauf folgenden Solidaritäts- und Protestbewegungen, die sich über das ganze Land ausbreiteten. Die Hintergründe, die zu dieser immensen Protestwelle führten, waren vor allem die wirtschaftlich prekäre Lage in Tunesien und die staatliche Repression und Willkür³³. Die Verzweiflungstat von Bouazizi wurde von vielen Tunesiern als Weckruf empfunden, gegen die staatlichen Ungerechtigkeiten vorzugehen und sich nicht wie in früheren Protesten vom Regime unterdrücken zu lassen. In Tunesien gingen zu Beginn der Proteste zwei unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auf die Straße. Einerseits junge, gebildete, aber arbeitslose Jugendliche aus dem städtischen Bereich, die sich über soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook formierten. Andererseits „sozial, konfessionell, ethnisch oder regional diskriminiert[e] Gruppen“³⁴ aus den ländlichen Gebieten. Aufgrund dieser breiten Unterstützung in der Bevölkerung war diese Revolution so erfolgreich. Angesichts der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen waren auch die Forderungen sehr umfassend: von materiellen Ansprüchen, wie bessere Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnungen und Energie, über verbesserte Dienstleistungen und Arbeitsmöglichkeiten bis hin zu Reformen des Staatswesens, die Demokratie, Gewaltenteilung und zuverlässige Institutionen betreffen.³⁵ Dieser breite Druck der Bevölkerung endete schließlich im Sturz des Regimes Ben Alis.

³³ Vgl.: Rosiny, Stephan: Ein Jahr „Arabischer Frühling“. Auslöser, Dynamiken und Perspektiven, in: GIGA Focus, Nummer 12 (2011), S. 2-4.

³⁴ Ebd. S.4.

³⁵ Ebd.

3.2 Tunesien nach Ben Ali und die Flüchtlingswellen nach Europa

Tunesien befand sich während und unmittelbar nach den Protesten in einer prekären Sicherheitslage, da das staatliche Gewaltmonopol durch ein politisches Machtvakuum praktisch nicht mehr existierte. Viele Polizisten erschienen nicht mehr zur Arbeit, was zu einem Zusammenbruch des Grenzschutzes führte, den viele Tunesier, aber auch Schwarzafrikaner, zur Ausreise nach Italien nutzten.³⁶ Im Jahr 2011 gelangten 28.000 tunesische Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Italien und insgesamt 58.000 Flüchtlinge von Nordafrika mit Booten nach Europa.³⁷ Der Großteil dieser Flüchtlinge waren Armutsflüchtlinge, die nicht durch die Genfer Flüchtlingskonvention geschützt sind und deswegen als irreguläre Migranten zählen. Das führt dazu, dass die EU-Mitgliedstaaten diese Menschen nicht aufnehmen müssen, da sie weder durch Terror, noch Krieg oder ähnliches in ihren Heimatstaaten bedroht sind.³⁸ Diese immense Anzahl an Flüchtlingen und Migranten bewirkte 2011 eine weitere Abschottung der Außengrenzen Europas. „Europa schützt die Grenzen, aber nicht die Flüchtlinge“³⁹, dieses Zitat aus einem Kommentar von Heribert Prantl beschreibt

die EU-Migrationspolitik aus der Perspektive des Kritikers sehr gut. Daraus kann man folgern, dass Europa Flüchtlinge und Migranten eher als sicherheitspolitisches Risiko sieht, denn als Menschen in einer Notsituation.

3.3 Die Migrationspolitik der ENP nach der Revolution (2011–2012)

Die grundlegenden Umbrüche in Tunesien und anderen Staaten der MENA-Region sowie die Überprüfung der Effektivität der Europäischen Nachbarschaftspolitik haben zu einem neuen Ansatz der ENP geführt. Dieser wurde in einer gemeinsamen Mitteilung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik vorgestellt. Der neue Ansatz basiert auf „einer gegenseitige[n] Rechenschaftspflicht und eine[r] gemeinsame[n] Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“⁴⁰. Darüber hinaus bestehen im Gegensatz zum alten Ansatz der ENP Bedingungen, die Staaten erfüllen müssen, um von der EU unterstützt zu werden. Hier greift der „more for more“-Ansatz, der besagt, dass Staaten, die bedeutende Fortschritte in ihren Reformen hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorweisen können, mehr Unterstützung von der EU bekommen. Die Unterstützung durch die EU ist sehr vielfältig und auf verschiedenen Ebenen angesetzt. So zum Beispiel im Bereich des Institutionenaufbaus, der Mittel für die Entwicklung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, hinsichtlich des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und der Erleichterung der Mobilität. Grundlage für die Mittelzuweisung ab 2014 an die Länder werden die Fortschrittsberichte bzw. die Reformbilanzen der Jahre 2010–2013 sein, um den

³⁶ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Blickpunkt Tunesien. Politische Entwicklung und aktuelle Lage, Berlin 2011, S. 2f.

³⁷ Vgl.: UNHCR (Hrsg.): Mediterranean takes record as most deadly stretch of water for refugees and migrants in 2011, Genf 2012, (<http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/search?page=search&docid=4f27e01f9&query=tunisian%20refugees%202011#>, letzter Zugriff am 11.09.2012).

³⁸ Vgl.: Laux, Andreas: EU-Flüchtlingspolitik. Europa macht es sich zu einfach, in: Focus Online vom 15.02.2011, (http://www.focus.de/politik/ausland/tid-21365/eu-fluechtlingspolitik-europa-macht-es-sich-zu-einfach_aid_600306.html, letzter Zugriff am 08.09.2012).

³⁹ Prantl, Heribert: Europäische Flüchtlingspolitik. Gestorben an der Hoffnung, in: Süddeutsche.de vom 04.08.2011, (<http://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-fluechtlingspolitik-gestorben-an-der-hoffnung-1.1128073>, letzter Zugriff am 11.09.2012).

⁴⁰ Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik (Hrsg.): Gemeinsame Mitteilung KOM (2011) 303: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Brüssel 2011, S.2.

„more for more“-Ansatz auch effektiv umsetzen zu können. Zentrale Eckpfeiler auch im Hinblick auf die Migrationspolitik der EU sind dabei die Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft als Trägerin der Demokratie, eine Intensivierung der Zusammenarbeit im (sicherheits-) politischen Bereich, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Mobilität.⁴¹

Bei Letzterem liegt das Augenmerk neben der Bekämpfung der irregulären Migration auf einem effektiven Grenzmanagement und dem Aufbau von Kapazitäten und Rechtssicherheit im Asylbereich als Grundvoraussetzungen für eine weitere Mobilitätspartnerschaft.⁴² Daraus lässt sich erkennen, dass die neuen Pläne alte Ziele verfolgen: Oberste Priorität bleibt die Bekämpfung der irregulären Migration von Armutsflüchtlingen als sicherheitspolitische Prämisse. Der neue Ansatz dient dazu, die Versäumnisse der EU bei Menschenrechtsverletzungen unter den alten Regime durch finanzielle Hilfen wieder auszugleichen und die jetzigen Regierungen zum Abschluss von neuen bilateralen Abkommen zur Rückübernahme zu bewegen. Außerdem dient der Institutionenauf- und -ausbau im Bereich Migration und Asyl einer weiteren „Exterritorialisierung“. Flüchtlinge können zukünftig in einem dann demokratischen und menschenrechtsfreundlichen Tunesien ihren Asylantrag stellen. Europa wäre so vor Flüchtlingen und unerwünschten Migrant*innen geschützt.

3.4 Die Mobilitätspartnerschaft

Seit Ende 2011 laufen Verhandlungen zwischen der EU und Tunesien über den Abschluss einer Mobilitätspartnerschaft. Tunesien ist das erste Land der südlichen Nachbarländer, mit dem Verhandlungen geführt werden.⁴³

⁴¹ Vgl. ebd. S.3-15.

⁴² Vgl. ebd. S.14.

⁴³ Vgl.: Tunesien / Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Hrsg.): Abschlusserklärung der Tunesien - EU Task Force, Tunis 28./29.09.2011, S.6

Die Mobilitätspartnerschaft soll den „Gesamtansatz Migration“ der EU in die Praxis umsetzen. In dieser Partnerschaft werden alle Maßnahmen zusammengefasst, die einerseits die reguläre Migration zwischen den Ländern, z.B. durch Visa-Liberalisierungen, fördern, und andererseits die Grenzkontrollen optimieren und die irreguläre Migration weiter eindämmen. Dabei spielen die ausgehandelten Rückübernahmeabkommen mit den Nachbarländern eine zentrale Rolle, da diese Zugeständnisse Grundvoraussetzung für weitere Verhandlungen über Visa-Liberalisierungen sind.⁴⁴ Ein demokratisches Tunesien mit gut ausgebildeten Fachleuten – auch durch das europäische Hochschulprogramm TEMPUS⁴⁵ oder Erasmus MUNDUS⁴⁶ gefördert – könnte für die EU zukünftig die Ressourcenquelle sein, um dem Fachkräftemangel in der Union entgegenzuwirken. Ansätze hierfür lassen sich schon in den vorgeschlagenen Visaerleichterungen feststellen, die die EU für bestimmte Personengruppen festgelegt hat. Hiervon sollen insbesondere Wissenschaftler, Studierende und Geschäftsleute profitieren, deren Potential auch einen Mehrwert für die EU darstellt.⁴⁷

(http://eeas.europa.eu/tunisia/docs/20110929_taskforce_en.pdf, letzter Zugriff am: 09.09.2012).

⁴⁴ Vgl.: Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Mitteilung KOM (2011) 303: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel 2011, a.a.O., S.14f.

⁴⁵ TEMPUS ist ein europäisches Hochschulprogramm, das mit Hochschulen aus verschiedenen Partnerländern zusammenarbeitet, um die Qualität der ausländischen Hochschulen an den EU-Stand anzupassen und diese zu modernisieren.

⁴⁶ Erasmus Mundus External Co-operation Window (EM ECW) soll den Austausch von Personen, Wissen und Fähigkeiten von EU- Hochschulen und Hochschulen aus Drittländern fördern. Dazu dienen v.a. erleichterte Mobilitätsgrundlagen für Studenten und Akademiker und Partnerschaften zwischen den Hochschulen.

⁴⁷ Vgl.: Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Mitteilung KOM (2011) 303: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel 2011, a.a.O., S.14.

3.5 Kritik an der Mobilitätspartnerschaft

Voraussetzung für die Mobilitätspartnerschaft ist die umfassende Verpflichtung Tunesiens über die Rücknahme von irregulären Migranten aus der EU, die gemeinsame Grenzkontrolle mit FRONTEX⁴⁸ und die Kontrolle der Migrationsströme. Im Gegenzug besteht die Möglichkeit von Visaerleichterungen für bestimmte Personengruppen im Bereich der Arbeitsmigration, die auf die Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten angepasst sind.⁴⁹ Daraus wird erkennbar, dass die Mobilitätspartnerschaft keinesfalls auf eine gleichrangige Partnerschaft zwischen EU und Drittstaat abzielt, sondern lediglich darauf, eine potentielle Migration zwischen Staatsbürgern der Partnerstaaten besser zu regeln.⁵⁰ Die politische Konditionalität und vor allem der „more for more“-Ansatz setzen dabei kaum auf eine Förderung und Intensivierung der Beziehungen mit Ländern, die Fortschritte in ihrem Menschen- und Migrantenrechtsschutz machen, sondern auf Länder, die an der Seite der EU erfolgreich gegen die illegale Migration kämpfen. Die EU gibt damit kaum Anreize, die fundamentalen Menschenrechte und die Rechte von Migranten und Asylbewerbern zu schützen.⁵¹ Im Bereich der Migration lässt sich bei der ENP und auch bei der Mobilitätspartnerschaft keine wesentliche Änderung der EU-Politik feststellen. Der Fokus liegt nach wie vor auf Grenzkontrollen und der Bekämpfung illegaler Migration und

geht bei beiden Partnern zu Lasten von Menschenrechten und Flüchtlingsschutz.⁵²

4. Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der neue Ansatz der ENP im Wesentlichen keine Änderung der Migrationspolitik der EU in naher Zukunft erkennen lässt. Die Verhandlungen zur Mobilitätspartnerschaft mit Tunesien sind eher Vorwand, um die eigentliche Prämisse der EU, Sicherheit vor Flüchtlingsströmen und irregulärer Migration, abzusichern.

Die Unterstützung des demokratischen Wandels und der wirtschaftliche Aufbau in Tunesien ist Teil dieser Prämisse. Tunesien muss sich als demokratischer Staat verpflichten, Menschenrechte und den Flüchtlingsschutz einzuhalten sowie Kapazitäten aufzubauen, um Asylbewerber aufzunehmen. Erst dann kann es weitere finanzielle Hilfen der EU in Anspruch nehmen. Die EU baut dadurch an ihrer südlichen Peripherie eine „Pufferzone“ auf, die sie vor ungewollten Migranten und Flüchtlingen schützt und erkaufte sich durch die finanzielle Unterstützung Tunesiens eine ausgelagerte Einwanderungskontrolle.⁵³ Das langfristige Ziel der EU – Demokratieförderung in der Nachbarschaft – wird zum Druckmittel, um die kurzfristigen sicherheitspolitischen Ziele durchsetzen zu können.

Bei einer positiv verlaufenden Transformation Tunesiens, auch nach den aktuellen Ausschreitungen und dem Rücktritt des Premierministers Hamadi Jebali⁵⁴, besteht für Tunesien die Möglichkeit, dass zukünftig eine wirkliche Mobilitätspartnerschaft aufgebaut werden kann, von der beide Sei-

⁴⁸ FRONTEX ist eine Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie koordiniert die operative Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, unterstützt diese bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten, erstellt Risikoanalysen und unterstützt Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, sofern diese zum Schutz der Grenzen Hilfe benötigen.

⁴⁹ Vgl.: Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement (Hrsg.): EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement, o.O. 2012, S.1.

⁵⁰ Vgl. ebd. S.9f.

⁵¹ Vgl. ebd. S.7f.

⁵² Vgl. ebd. S.7.

⁵³ Lutterbeck, Derek / The Geneva Centre for Security Policy (Hrsg.): Essay: Policing Migration in the Mediterranean, in: Mediterranean Politics, Genf März 2006, Vol. 11, No.1, S.59-82, S.73.

⁵⁴ Vgl. Al Jazeera (Hrsg.): Tunisia at a crossroads? How will Prime Minister Jebali's resignation affect the country's transition to democracy? in: Al Jazeera.com Inside Story vom 22.02.2013, (<http://www.aljazeera.com/programmes/insidestory/2013/02/201322285527964916.html>, letzter Zugriff am 01.03.2013).

ten gleich profitieren. Denn die EU muss ihre Migrationspolitik gegenüber den südlichen Nachbarn ändern, um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben. Aufgrund des demographischen Wandels in der Union ist diese auf die jungen Gesellschaften aus dem Süden angewiesen, um ihren Mangel an Arbeitskräften ausgleichen zu können. Allerdings droht die erfolgreiche Transformation in Tunesien aufgrund der aktuellen Vorkommnisse und wegen der Enttäuschung in der Bevölkerung zu scheitern. Die neue Ausrichtung der ENP und der Aufbau von potentiellen „mobility partnerships“ mit Tunesien und anderen nordafrikanischen Staaten bleibt bei der derzeitigen Lage ein Wunschdenken aller Beteiligten. Für jede weitere Entwicklung nimmt die Sicherheitslage in Nordafrika eine Schlüsselstellung ein.

Literaturverzeichnis

- Al Jazeera (Hrsg.): Tunisia at a crossroads? How will Prime Minister Jebali's resignation affect the country's transition to democracy?* in: Al Jazeera.com Inside Story vom 22.02.2013, (<http://www.aljazeera.com/programmes/insidestory/2013/02/201322285527964916.html>, letzter Zugriff am 01.03.2013).
- Arief, Alexis: Political Transition in Tunisia*, Washington 2012, (<http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS21666.pdf>, letzter Zugriff am 11.09.2012).
- Bendiek, Annegret/ Lippert, Barbara / Daniela Schwarzer (Hrsg.):* Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik, SWP-Studien 2011, Berlin 2011.
- Bilgiç Ali/ Bilgin, Pinar: Consequences of European Security Practices in the Southern Mediterranean and Policy Implications for the EU*, in: IN:EX Policy Brief, Nr. 11, Brüssel 2011, S.1–7.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.):* Blickpunkt Tunesien. Politische Entwicklung und aktuelle Lage, Berlin 2011.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):* Maghreb, Bonn 2002, (<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/islam-lexikon/21543/maghreb>, letzter Zugriff am 06.09.2012).
- Castagnoli, Cristina: Einwanderungspolitik*, o.O. 2012, S.1, (http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_4.12.3.pdf, letzter Zugriff am 16.09.2012).
- Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement (Hrsg.):* EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement, o.O. 2012.
- Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement (Hrsg.):* Migrants rights. The big losers in the new European strategy directed at the countries in the southern Mediterranean in transition to democracy, o.O. 2011.
- Europäische Kommission (Hrsg.):* Europäische Nachbarschaftspolitik. Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?, Brüssel 2009, (http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, letzter Zugriff am: 11.09.2012).
- Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik (Hrsg.):* Gemeinsame Mitteilung KOM (2011) 303: Eine Neue

- Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Brüssel 2011.
- Europäische Union (Hrsg.):* Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel 2003.
- Europäische Union (Hrsg.):* EU/Tunisia Action Plan, Brüssel 2004, (http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/tunisia_enp_ap_final_en.pdf, letzter Zugriff am 07.09.2012).
- Europäische Union (Hrsg.):* EUROPA-MITTELMEER-ABKOMMEN zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits. 21998A0330(01), Amtsblatt Nr. L 097 vom 30/03/1998 S.0002–0183, (<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21998A0330%2801%29:DE:HTML>, letzter Zugriff am 07.09.2012).
- Haase, Marianne / Jugl, Jan C.:* Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU, Berlin 2007, S.2, (<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtlingspolitik?p=1>, letzter Zugriff am: 11.09.2012).
- Hasenclever, Andreas:* Europa und der demokratische Frieden, Tübingen 2001, (<http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2001/274/pdf/tap38.pdf>, letzter Zugriff am 06.09.2012).
- Holtmann, Everhard/ Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):* Dossier: Lange Wege der Deutschen Einheit. Politischer Systemwechsel, Bonn 2010, S.2, (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47082/politischer-systemwechsel>, letzter Zugriff am 16.09.2012).
- Holz, Steffi:* Europäische Migrationspolitik – harmonisierte Abwehr?, Peru 2006, (<http://www.asa-programm.de/aktiv/themen/migration/europaeische-migrationspolitik.html>, letzter Zugriff am 06.09.2012).
- International Federation for Human Rights (FIDH) (Hrsg.):* EU-Tunisia Association Council. Stop trading Human Rights for security, Brüssel 2002, (<http://fidh.org/EU-TUNISIA-ASSOCIATION-COUNCIL>, letzter Zugriff am: 08.09.2012).
- Jünemann, Annette:* Zehn Jahre Barcelona-Prozess. Eine gemischte Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45 (2005), Bonn 2005, S.7–13.
- Lang, Kai-Olaf / Lippert Barbara:* Zur Neuausrichtung der ENP. Ein Liga-Modell nachbarschaftlicher Kooperation, in: Bendiek, Annegret/ Lippert, Barbara/ Daniela Schwarzer (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik., SWP-Studien 2011, Berlin 2011, S.102–117.
- Laux, Andreas:* EU-Flüchtlingspolitik. Europa macht es sich zu einfach, in: Focus Online vom 15.02.2011, (http://www.focus.de/politik/ausland/tid-21365/eu-fluechtlingspolitik-europa-macht-es-sich-zu-einfach_aid_600306.html, letzter Zugriff am 08.09.2012).
- Lutterbeck, Derek / The Geneva Centre for Security Policy (Hrsg.):* Essay: Policing Migration in the Mediterranean, in: Mediterranean Politics, Genf März 2006, Vol. 11, No.1, S.59–82.
- Prantl, Heribert:* Europäische Flüchtlingspolitik. Gestorben an der Hoffnung, in: Süddeutsche.de vom 04.08.2011, (<http://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-fluechtlingspolitik-gestorben-an-der-hoffnung-1.1128073>, letzter Zugriff am 11.09.2012).
- PRO Asyl (Hrsg.):* Pressekonferenz „20 Jahre PRO ASYL“. Einsatz gegen die europäische Flüchtlingsabwehrpolitik. „Der Einzelfall zählt“, Frankfurt/Main 2006, (http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/WIR_UEBER_UNSGesichte/PE_7.9.2006_zu_20_Jahren_Pro_Asy1.pdf, letzter Zugriff am 06.09.2012).
- Proost, Simon / Winter, Sven:* Die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Das Ende des Ost –West-Konflikts und Probleme der MOE-Staaten, Münster o.J., S.8, (http://reinhardmeyers.uni-muens-ter.de/docs/Erw/Referat_Transformationsstaaten_MOE.pdf, letzter Zugriff am 16.09.2012).
- Rosiny, Stephan:* Ein Jahr „Arabischer Frühling“. Auslöser, Dynamiken und Perspektiven, in: GIGA Focus, Nummer 12 (2011).
- The UN Refugee Agency / United Nations High Commissioner for Refugees (Hrsg.):* Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Genf 1951, S. 3, Artikel 1 Abs. 2, (http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention_und_N

ew_Yorker_Protokoll.pdf, letzter Zugriff am 16.09.2012).

Tunesien / Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen-und Sicherheitspolitik (Hrsg.): Abschlusserklärung der Tunesien-EU Task Force, Tunis 28./29.09.2011,S.6, (http://eeas.europa.eu/tunisia/docs/20110929_taskforce_en.pdf, letzter Zugriff am: 09.09.2012).

UNHCR (Hrsg.): Mediterranean takes record as most deadly stretch of water for refugees and migrants in 2011, Genf 2012, (<http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/search?page=search&docid=4f27e01f9&query=tunisian%20refugees%202011#>, letzter Zugriff am 11.09.2012).

Zu diesem Paper

Das vorliegende Paper entstammt der Sonderausgabe der Passauer Jean Monnet Papiere 01/2014: Alexandra M. Schmid (Hg.): „Arabische Zeitenwende? Chancen, Herausforderungen und Perspektiven für die Europäische Union“. Die gesamte Ausgabe ist abrufbar unter: <http://www.phil.uni-passau.de/die-fakultaet/lehrstuehle-professuren/politikwissenschaft/european-studies/passauer-jean-monnetpapiere.html>.

Zu den Passauer Jean Monnet Papieren

Die Passauer Jean Monnet Papiere werden vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau herausgegeben. Sie dienen der Veröffentlichung der verschiedenen, von der Europäischen Kommission geförderten Projektaktivitäten des Jean-Monnet-Lehrstuhls und stehen darüber hinaus auch besonders qualifizierten Studierenden zur Publikation ihrer Arbeiten offen. Interessierte Autoren können Manuskripte unter jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de einreichen.

Impressum

Universität Passau
Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik
Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14, 94032 Passau
E-mail: jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de
Fon: +49 (0)851 509 2981
Fax: +49 (0)851 509 2977
www.uni-passau.de/goeler

ISSN: 2194-1580

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Programm für
lebenslanges
Lernen